DER HAUPTSTADTBRIEF
AM SONNTAG
47. WOCHE
25. NOVEMBER 2018

Wir brauchen eine Rebellion der Vernunft

Die vierte Islam Konferenz will die Verständigung auf Prinzipien für einen Islam in und für Deutschland befördern – das wird nur gehen, wenn sie sich den Problemen wirklich stellt | Von Necla Kelek

Die Auseinandersetzung mit dem Islam stand schon zu Zeiten Goethes und Lessings im Raum. Theologen, Denker und Dichter setzten sich mit der Botschaft des Korans auseinander. Die einen rühmten ihn als ein Zeugnis der Liebe zu Gott, andere warnten vor ihm als einem Eroberungsmanifest aus dem Morgenland. Letzteres hielt deutsche Politiker nicht von Wohlwollen und dem Wunsch nach Zusammenarbeit ab. Kaiser Wilhelm II. wollte mit dem Osmanischen Reich in den „Heiligen Krieg" ziehen. Später gewährte die nationalsozialistische Reichsregierung dem geflüchteten Großmufti von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini, politisches Asyl, und Tausende muslimische Soldaten kämpften im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite.

Im Alltag und in der Arbeitswelt aber kamen Muslime erst in den 1960er-Jahren in Deutschland an – aus der Türkei und damals Gastarbeiter genannt. In den 1970ern gelangten ihre Frauen und Kinder im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland. Seit den 1980ern kommen überwiegend arabischsprachige Muslime aus ihren von Bürgerkrieg oder wirtschaftlicher Misere zerrütteten Ländern. Es waren weltliche und gläubige Muslime, Säkulare und Fundamentalisten. Während die Säkularen bereit waren, sich in die Rechtsordnung einzufügen und die freiheitliche Lebensweise in Deutschland anzunehmen, brachten Strenggläubige und Fundamentalisten den politischen Islam mit, der sich seit der Machtübernahme der Mullahs im Iran 1979 in all seinen Glaubensrichtungen zunehmend radikalisierte.

Bald organisierten sich Strenggläubige mit Hilfe der Politiker ihrer Herkunftsländer in Moscheevereinen und Islamverbänden. Es wurde auch hierzulande üblich, dass strenggläubige Familien ihre Kinder in arrangierten Ehen oder in Zwangsehen verheirateten. Man blieb unter sich und integrierte sich nicht in die deutsche Gesellschaft. Diese Gruppe muslimischer Migranten lebt zwar in Deutschland, hat sich aber in einer Gegengesellschaft eingerichtet – und wird dabei von der türkischen Regierung unterstützt ebenso wie von staatlichen arabischen und iranischen Stiftungen. Diese Muslime bilden den Kern des politischen Islams in Deutschland.

Viele von ihnen akzeptieren für sich und ihre Familien nicht das Primat der deutschen Verfassung. Eine Integration findet nicht statt – sie wird nicht angestrebt, und sie wird von der Politik nicht eingefordert. Mittlerweile leben fast fünf Millionen Menschen muslimischer Herkunft oder muslimischen Glaubens in Deutschland. Ihre Zahl ist durch den ungehinderten Zuzug von Flüchtlingen aus dem Nahen und Mittleren Osten und dem Maghreb seit 2015 sprunghaft angestiegen und stellt die deutsche Gesellschaft vor neue Herausforderungen.

Diese Migranten kommen zum Teil aus rigiden autoritär-muslimischen Gesellschaften, die ihren Mitgliedern seit Menschengedenken Individualität, Freiheit und Eigenverantwortung verwehren. Auf das Fehlen der hierzulande gängigen Einstellungen und Haltungen sind weder Polizei und Behörden noch Schulen und andere öffentliche Einrichtungen vorbereitet. Es gibt zu wenige Konzepte, wie mit derart krassen zivilisatorischen Unterschieden umzugehen ist. Das liegt auch daran, dass sowohl die verantwortliche Politik als auch Migrationsforschung und -pädagogik diese Problematik lange Zeit vernachlässigt, wenn nicht sogar geleugnet haben.

> Es muss viel mehr getan werden als bisher gegen die Kinderehe, die Verwandtenehe, gegen Polygamie und Zwangsheirat.

Bundesinnenminister Horst Seehofer äußert sich optimistisch, dass es einen „deutschen Islam" geben kann. Die von ihm einberufene nunmehr vierte *Deutsche Islam Konferenz* (DIK) beginnt am 28./29. November 2018, soll weiter über die gesamte Legislaturperiode hinweg tagen und im Dialog von und mit Muslimen die Möglichkeit bieten, sich auf Prinzipien für einen Islam in und für Deutschland zu verständigen. Der Bundesinnenminister hat rund 180 Persönlichkeiten und Repräsentanten des muslimischen Lebens, Einzelpersonen aus der Praxis, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, vor allem aber Vertreter von Initiativen und Verbänden wie dem Zentralrat der Muslime (ZMD) oder der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) eingeladen. Sie alle sollen miteinander ins Gespräch kommen.

Immerhin: Die Bundesregierung scheint ein Gegengewicht zum Einfluss der Islamverbände schaffen zu wollen. Auf den vorherigen drei Konferenzen stach ja als deren Hauptinteresse hervor, für sich selbst den Weg zur Anerkennung als Körperschaften öffentlichen Rechts zu ebnen. Es gibt in der Politik, von den Ländern bis hin ins Kanzleramt, die Vorstellung, man könne den Islam einhegen, indem man ihn institutionell aufwertet. Die türkische DITIB stellt immer wieder unter Beweis, dass sie sich in erster Linie Recep Tayyip Erdogans Partei AKP verpflichtet sieht – bei großzügiger Förderung mit deutschen Steuermitteln.

DPA

Kopftuch ja oder nein? Wie jemand sich kleidet, ist Privatsache – ebenso wie jede Religion Privatsache sein sollte. An deutsche Schulen gehört das religiös motivierte Kopftuch grundsätzlich nicht, fordern säkular orientierte Muslime – das Mädchen im Bild geht ohne eines zum Unterricht.

CYRIL SCHRÄMBECK

DR. NECLA KELEK

ist im Vorstand von ***Terre des Femmes – Menschenrechte für die Frau e.V.*** Die Sozialwissenschaftlerin lebt und arbeitet als Publizistin in Berlin. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt sie dar, was die am 28. November beginnende vierte ***Deutsche Islam Konferenz*** leisten muss, damit sie sich lohnt.

Ob durch diese vierte Konferenzphase ein inner-islamischer Dialog angeregt werden kann, wird sich erweisen. Es wäre zu wünschen. Einen Beitrag dazu will eine neue, dieser Tage ins Leben gerufene *Initiative säkularer Islam* leisten, der auch ich selbst angehöre und die sich aktiv einzumischen beabsichtigt. Die Initiative begreift sich als eine bewusste Rebellion der Vernunft gegen eine verstockte, konservative Version des Islams, die sich der blinden Rückkehr zu dessen Ursprüngen im siebten Jahrhundert verschrieben hat. Unsere Initiative will dem religiösen Fundamentalismus die Stirn bieten.

Es ist an der Zeit, dass auch die deutsche Politik und die Zivilgesellschaft klar formulieren, welche Erwartungen sie an die Bürgerinnen und Bürger muslimischen Glaubens stellen. Wenn das Zusammenleben auf eine bessere gemeinsame Ebene gebracht werden soll, dann gilt es zunächst einmal, die Prinzipien und Grundsätze dieser Gemeinsamkeit herauszuarbeiten. Dazu gehört notwendig die konsequente Trennung von Staat und Religion. Dazu gehört das Primat der Verfassung und der Gesetze. Religiöse Gesetze wie das Normensystem der Scharia dürfen ausschließlich theologisch und spirituell von Bedeutung sein.

Bürgerrecht steht vor Gruppenrecht. Die Anerkennung der Islamverbände als Körperschaften öffentlichen Rechts und die teilweise Übertragung staatlicher Aufgaben an sie führen in die falsche Richtung. Moscheevereine und Islamverbände wie die DITIB sind faktisch keine unabhängigen Organisationen, sondern erfüllen Vorgaben aus Ankara, Riad oder Teheran. Türkische Imame, die bei der türkischen Religionsbehörde Diyanet beamtet sind, dürfen keine weiteren Arbeitsgenehmigungen erhalten. Jede Finanzierung von Moscheebauten, Moscheevereinen und Koranschulen durch ausländische Regierungen oder Stiftungen ist transparent zu machen und gegebenenfalls zu untersagen. Die Imam-Ausbildung muss unter staatlicher Kontrolle und nach universitären Regeln erfolgen.

> Immerhin: Die Regierung scheint ein Gegengewicht zum Einfluss der Islamverbände schaffen zu wollen.

Erziehung und Wertevermittlung gehören allein in die Hände deutscher Schulen. Islamverbänden zu erlauben, an staatlichen Schulen Islamunterricht zu organisieren, höhlt dieses Prinzip aus. Wir brauchen ein Verbot des religiös motivierten Kopftuchs an Schulen, für Schülerinnen wie für Lehrerinnen gleichermaßen – es gehört nicht in den Unterricht. Keine Art von Diskriminierung und öffentlich zur Schau getragener Geringschätzung darf toleriert werden – an den Schulen, in der Öffentlichkeit und bis in die Familien hinein: Es muss viel mehr getan werden als bisher gegen die Kinderehe, die Verwandtenehe, gegen Polygamie und Zwangsheirat und zur Wahrung und Sicherung der Frauenrechte im Allgemeinen. Die Islam Konferenz wird nur erfolgreich verlaufen können, wenn sie sich diesen Themen stellt.

INFO: Der *Initiative säkularer Islam*, deren Mitbegründerin unsere Autorin Necla Kelek ist, gehören unter anderem Ali Ertan Toprak, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände, und der Grünen-Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir an; die Rechtsanwältin Seyran Ateş, der Psychologe Ahmad Mansour und der Politologe Hamed Abdel-Samad gehören zu den zehn Erstunterzeichnern dieser Initiative für ein zeitgemäßes Islamverständnis.

Wir dürfen die Briten nicht aufgeben

Wir sollten der jüngeren Generation die Tür zur Europäischen Union zu annehmbaren Bedingungen offen lassen | Von Peter Ammon

Am heutigen Sonntag, dem 25. November 2018, kommen die Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Mitgliedsstaaten zusammen, um die Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union abzuschließen. Über eineinhalb Jahre lang wurde verhandelt, um die Scheidungsfolgen einvernehmlich zu regeln: Welche Zahlungen muss Großbritannien an die EU leisten, zum Beispiel zum Ausgleich für künftig zu leistende Pensionen der EU-Beamten, die auch für das Mitgliedsland Großbritannien gearbeitet haben, oder um Folgekosten für einst gemeinsam beschlossene Projekte abzugelten? Welche Rechte haben künftig die Bürger der Europäischen Union, die im Vereinigten Königreich leben und nach dem Brexit um ihren Aufenthaltsstatus bangen? Das Gleiche gilt natürlich umgekehrt auch für die zahlreichen Briten, die den Kontinent zu ihrer Heimat gemacht haben und hier nun weiter leben wollen. Und wie verhindert man, dass die heute fast unsichtbare Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland im Süden der Insel wieder bewacht und befestigt werden muss, wenn dort einmal die EU-Außengrenze verläuft? Die Befürchtung ist berechtigt, dass es in so einem Fall zu einem Wiederaufleben der bewaffneten Konflikte zwischen den irischen Bürgerkriegsparteien kommen würde.

PRIVAT

DR. PETER AMMON

ist Staatssekretär im Auswärtigen Amt a.D. Er war deutscher Botschafter in Paris, Washington D.C. und zuletzt in London. Für den HAUPTSTADTBRIEF plädiert er für eine Politik der offenen Tür nach dem Brexit.

Rein logisch ist die Frage, wie das Vereinigte Königreich aus der EU austreten kann, ohne dass eine neue EU-Außengrenze mit den dazugehörigen Kontrollen entsteht, unlösbar. Die Kreativität der Verhandler hat jetzt zu Modellen geführt, wonach das Vereinigte Königreich doch in einer Zoll-Union mit den 27 anderen EU-Staaten verbleiben und man gegenseitig auf die Erhebung von Zöllen verzichten würde. Nordirland müsste sich sogar zusätzlich an die Regeln des EU-Binnenmarkts halten, d.h. zum Beispiel EU-Standards zu Umwelt, Arbeitsrecht und Wettbewerbsrecht einhalten. Dieses von den Verhandlern als Rückfall-Position entwickelte Modell würde natürlich die Bindungen zwischen Nordirland und Großbritannien belasten und dessen Spielraum, eigene Freihandelsabkommen mit Drittstaaten zu vereinbaren, verringern. Der Widerstand vieler Brexit-Anhänger in Großbritannien dagegen ist deswegen beträchtlich.

Es erstaunt nicht, dass der jetzt zur Entscheidung anstehende Scheidungsvertrag über 500 Seiten lang ist. Es dürfte der komplizierteste Vertrag sein, der jemals zwischen 28 Staaten abgeschlossen wurde. Mit der Vereinbarung über die Scheidungsfolgen ist es aber noch nicht getan. Man hat deswegen vereinbart, dass für eine Übergangsphase bis 31. Dezember 2020 trotz des EU-Austritts am 29. März 2019 erst einmal alles so bleiben soll, wie es ist, mit Ausnahme der Beteiligung der Briten in den Institutionen der EU. Der Zeitpunkt Ende 2020 bot sich an, weil dann auch für die EU eine neue Phase der Haushaltsplanung beginnt.

An diesem Sonntag geht das Drama um den Austritt Großbritanniens aus der EU nicht zu Ende, es beginnt lediglich ein neuer Akt. Der Brexit ist eine Tragödie für Großbritannien und auch für die EU. Das Brexit-Referendum 2016 wurde vor allem mit den Stimmen der älteren Generation gewonnen. Wir sollten den Jüngeren die Tür zur Europäischen Union zu annehmbaren Bedingungen offen lassen, wenn sich in der britischen Führung einmal ein Generationswechsel vollzieht. Wir dürfen die Briten nicht aufgeben.

DIE **KOLUMNE** AM SONNTAG

Der Ball ist rund

PRIVAT

GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des HAUPTSTADTBRIEFS. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Hier zeigt er erhellende Parallelen zwischen Politik und Fußball auf.

Es ist eine Spielerei, und Augenzwinkern ist auch dabei. Doch verblüffend sind sie schon – die Parallelen zwischen der Politik in Deutschland und dem, was die deutsche Fußballnationalmannschaft zu bieten hat. Und was nicht.

Beginnen wir mit der Nachkriegszeit. Konrad Adenauer, der „Alte aus Rhöndorf", war Bundeskanzler. Sepp Herberger war Nationaltrainer, mit altersgefurchtem Gesicht auch er. Ihr Führungsstil war autoritär. Sie hatten Erfolge. Adenauer führte die Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft. Herbergers Mannschaft wurde Weltmeister. Ihre Karrieren endeten beinahe gleichzeitig – Adenauers Kanzlerzeit 1963, Herbergers Arbeit ein Jahr später, nachdem seine Mannschaft bei der Fußball-WM in Chile 1962 frühzeitig ausgeschieden war.

Zehn Jahre darauf: Die Nationalelf 1972 Europameister, 1974 Weltmeister, mit einem Team, das als das beste des deutschen Fußballs gilt. Trainer Helmut Schön ließ die jungen Leute Beckenbauer, Netzer, Overath auf selbstbestimmte Weise gewähren. Die Studenten gingen auf die Straße und machten außerparlamentarische Opposition (APO), die sozialliberale Koalition betrieb eine neue Politik. Dann 1990: Vereinigung Deutschlands, das deutsche Team wurde Weltmeister. 1998: Im gleichen Jahr schieden Helmut Kohl als Bundeskanzler und Berti Vogts als Bundestrainer aus. Ihre Zeit war vorbei. Gerhard Schröders Kanzlerschaft fehlte es an letztem Glanz. Dem deutschen Fußball auch: Vizeweltmeister 2002.

Angela Merkel und Jogi Löw bilden herausragend ein quasi kongeniales Paar. Merkel wurde 2005 Bundeskanzlerin, Löw 2006 Cheftrainer. Ihre Höhepunkte erreichten sie 2014. Löws Mannschaft wurde Weltmeister, Merkels Ansehen war hoch wie nie. Deutschland besiegte Brasilien mit 7:1. Merkels Unionsparteien hatten im Bundestag fast eine absolute Mehrheit.

Vier Jahre später war alles vorbei. In der Politik: Merkels Autorität sank ins Bodenlose. Im Fußball: Bei der WM in Russland blamierte sich Löws Team ebenfalls bodenlos. Weiter bergab ging es. Die Kanzlerin gab „freiwillig" den CDU-Vorsitz preis. Die Nationalmannschaft rutschte in der UEFA Nations League in die Zweitklassigkeit ab. „Der Umbau läuft", jubelte der Reporter letzten Montag, als „wir" noch 2:0 gegen die Niederlande führten. Der Umbau laufe, jubeln CDU-Anhänger dieser Tage. Für Löws Mannschaft hat es nicht gereicht, das Spiel endete 2:2 unentschieden. Das Spiel in der CDU läuft noch.

IMPRESSUM DER HAUPTSTADTBRIEF am Sonntag erscheint wöchentlich in der Berliner Morgenpost | Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Ulrich Deppendorf | Kolumne: Günter Bannas | Art Direktor: Paul Maria Kern | Layout: Gordon Martin | Redaktionsdirektor: Dr. Rainer Bieling (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)
Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Uhlandstraße 175 | 10719 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | info@derhauptstadtbrief.de | www.derhauptstadtbrief.de | © DER HAUPTSTADTBRIEF 2018